

Graphische Stimmen

Organ für Vertretung der Interessen aller in graph. Kunstanstalten, Buchbindereien (und verwandten Berufen) der Papier-, Tapeten- und Farbenbranche beschäftigten gelehrten Arbeiter, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint alle 14 Tage. Abonnementspreis 75 Pfg. vierteljährlich.
Für die Mitglieder durch die Zahlstellen gratis.

Redaktion u. Verlag: Köln, Palmstraße 14.
Redaktionschluss: Montag-Abend.

Anzeigenpreis: die 4sp. Petitzeile 20 Pfg.
Für Mitglieder und in Verbandsangelegenheiten 10 Pfg.
Für Postbezug: Postamt Köln.

Das Bleigewicht an der Arbeiterbewegung.

Die Tarifverträge sind ohne Zweifel ein geeignetes Mittel, durch das zu gleicher Zeit eine ruhige, solide gewerbliche Entwicklung und ein schrittweises Aufsteigen der Lohnarbeiterklasse ermöglicht wird. Als solches lassen sie auch die christlichen Gewerkschaften auf. Um so bedauerlicher ist es, daß in den Kreisen der mit der politischen Sozialdemokratie eng verflochten „freien“ Gewerkschaften die Zeichen dafür mehren, daß sie die Tarifverträge nicht so sehr als ein Instrument zum sozialen Frieden betrachten, denn als ein solches des Klassenkampfes, als vorübergehendes Mittel zur Steigerung der wirtschaftlichen und vor allem politischen Macht der Arbeiter. Ist dieses Ziel erreicht, dann wird von ihnen, wie wir schon früher andeuteten, der Tarifvertrag als überwundener Standpunkt angesehen. Diese Ansichten treten vornehmlich in den kleinen sozialdemokratischen Verbänden hervor. Die großen Verbände der noch nicht tarifierten Gewerbe aber bringen zum Tarifverträge hin, um in absehbarer Zeit ebenfalls wieder auf dem tarifgegnerschen Standpunkt anzulangen. Dahin werden sie getrieben durch die politische Sozialdemokratie, mit deren Zweckbestimmung und Programm der Tarifvertrag unvereinbar ist, und die durch ihre Presse und Versammlungen die Massen in viel stärkerem Maße beeinflusst, als dies den Gewerkschaften möglich ist.

Wie sehr diese unselbige Vereinnahmung von Sozialdemokratie und „freier“ Arbeiterbewegung die Pflege des Tarifgedankens hemmt und die Stimmung für denselben, speziell in Arbeitgeberkreisen herabdrückt, zeigt eine Auslassung in der jüngsten Nummer (16) des Organ der Arbeitgeberverbände, der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“: Zur Politik der Tarifverträge. Man liest hier:

Soll das Tarifvertragswesen wirklich die Gestaltung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt in bestimmender Weise beeinflussen, so muß sich die gewerkschaftlich organisierte Lohnarbeiterschaft vor allem zu einer grundlegenden Revision ihres bisherigen Verhaltens gegenüber dem Unternehmertum verstehen. Sie muß sich dazu entschließen, das Abhängigkeitsverhältnis aufzukündigen, in dem sie zu einer Partei steht, die nicht auf dem Frieden mit dem Unternehmertum, sondern auf dem Krieg bis aufs Messer abgesehen hat; sie muß ihr Einverständnis mit der Fortdauer der geltenden Wirtschafts- und Wirtschaftsordnung beenden und sich vermehren dem Unternehmertum als eine wirklich vertragsfähige Instanz präsentieren. Sie muß von der Gepflogenheit Abstand nehmen, in dem Arbeitgeber nach Maßgabe der kindischen Doktrin des kapitalen Sozialismus den gewissenlosen Ausbeuter zu erblicken, der nichts als sein Kapital in die Waagschale zu werfen hat und darum ein Drohnwesen führt. Erst dann, wenn alle diese Bedingungen erfüllt angesehen sind, wird man zu einer Entscheidung darüber gelangen können, inwiefern sich der Abschluß von kollektiven Arbeitsverträgen wirtschaftlich rechtfertigt; erst dann wird darüber zu reden sein, wie das Vertragswesen etwa gesetzgeberisch zu reglementieren ist. So wie die Sachen jetzt stehen, handelt es sich dagegen bei dem Abschluß von Tarifverträgen einzig und allein um die rein äußerliche Umgestaltung der Art und Weise, wie der Arbeitskrieg weiter geführt wird; das feindselige Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, welches unserem Erwerbseben so schwere Wunden schlägt, bleibt nach wie vor bestehen.

Solange sich die „freie“ Gewerkschaftsbewegung nicht zu einer völligen Abwehr von der politischen Sozialdemokratie und zu einer Aenderungen der

unter dem Drucke derselben ausgeübten Taktik entschließen könne, werde das Unternehmertum keine Neigung zeigen, der Tarifvertragsfrage eine grundsätzliche Bedeutung beimessen und auf sie lediglich aus taktischen Gründen eingehen. Man mag es nun dahingestellt sein lassen, wie weit die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ wirklich die Meinung der Ueberzahl der deutschen Unternehmerschaft zum Ausdruck bringt. Die Tatsache ist aber da, daß eben diese Verbindung von Sozialdemokratie und „freier“ Gewerkschaftsbewegung und die gerade bei letzterer einsetzende Reaktion in der Bewertung des Tarifgedankens auf eine für letztern vorteilhafte Beurteilung seitens weiter Kreise des Unternehmertums lähmend einwirkt und sie von einer grundsätzlichen Anerkennung desselben abhält. So bewährt auch hier die Sozialdemokratie wieder ihren alten Ruf:

ein Bleigewicht zu bilden an der Arbeiterbewegung.

Mit dieser vorläufig aber noch recht abwartenden Haltung des Organ der Arbeitgeberverbände will es unseres Erachtens aber schlecht übereinstimmen, daß neuerdings auch Arbeitgeberverbände bzw. diesen angeschlossene Mitglieder sich bereitfinden lassen, mit sozialdemokratischen Verbänden Verträge abzuschließen, die diesen das Arbeitsmonopol in bestimmten Gewerben sichern. Und zwar unter Ausschluß solcher gewerkschaftlichen Organisationen, wie, die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ es verlangt, „ihr Einverständnis mit der Fortdauer der geltenden Rechts- und Wirtschaftsordnung befinden“, auch das Unternehmertum grundsätzlich anerkennen und somit dem Unternehmertum eine wirklich vertragsfähige Instanz präsentieren“. Wir meinen, wenn manche Kreise des Unternehmertums diesen Organisationen gegenüber eine andere Haltung einnehmen würden als bisher, so würden sich schon eher Verhältnisse anbahnen lassen, die auch den Leuten der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ eine grundsätzlich freundlichere Stellung zur Frage der Tarifverträge ermöglichen würde. Sie haben es ohne Zweifel mit in der Hand, der „Politik der Tarifverträge“ eine andere Richtung zu geben!

Sozialdemokratische Gewalttätigkeit.

Schon des öfteren haben wir in unserem Organ dargelegt, welche brutale Gewalttätigkeit gegenüber Andersgesinnten, von sozialdemokratischen Gewerkschaftsorganisationen, durch tarifliche Arbeitsmonopole ausgeübt und auch noch weiter erstrebt wird. Nicht man nun weiter in Betracht, wie in manchen Großstädten, infolge des immer trüber zu Tage tretenden Terrorismus, so mancher Kollege gegen seine Ueberzeugung Mitglied der sozialdemokratischen Organisation bleiben muß, behufs Aufrechterhaltung seiner Provision, ohne daß solches tariflich bestimmt ist, so kann ruhig gesagt werden, daß das Wort Freiheit nirgends drastischer ins Gegenteil umgekehrt wird, wie von den Genossen, die es ständig im Munde führen.

Wenn wir auch die aufgrund der Verhältnisse, die schon oft jutage getretene Doppelorganisation entschieden verwerfen, also eine klare Entscheidung verlangen, entweder kritisch, oder rot, so sind wir leider vereinzelt doch gezwungen, davon abzugehen. Die Ueberzeugung soll wohl von dem Einzelnen höher gemertet werden, als eine momentane eingenommene viel-

leicht zufriedensstellende Arbeitsstelle und die Erfahrung lehrt auch, daß derjenige, welcher mit den nötigen geistigen Waffen ausgerüstet ist, sich verteidigen und dadurch in den meisten Fällen seine Existenz aufrecht erhalten kann. Unangenehm ist es allerdings nicht, ja, ja, und ein Ueberzeugungskämpfer mit den eigenen Arbeitsgenossen zu führen. Aber auch nicht jeder Kollege hat hierzu die nötige Veranlagung und Willensstärke. Denken wir uns nur einmal in die Lage, ein durchaus christlich gesinnter Kollege steht als verh. Arbeiter in einem Großbetriebe, arbeitet mit Genossen im Accord, ist aber schließlich nicht in der Lage, in öffentlicher Rede seine Mann zu stellen. Um des Friedens willen und um seine Stellung nicht zu gefährden, zahlt er in den sozialdemokratischen Verband gegen seine Ueberzeugung. Um aber seiner Ueberzeugung nachzukommen und im Bewußtsein, die christliche Organisation zu stärken, ist und bleibt er Mitglied bei dieser. Gewiß materiell ein großes Opfer! Derartige Fälle haben wir selbst auch in der Buchbindereibranche in Berlin, Leipzig und Stuttgart zu verzeichnen. Die Zustimmung unsererseits dürfte allerdings in solchen Fällen immer nur von dem örtlichen Vorstand und der Zentrale abhängig sein.

Monopolverträge, die den sozialdemokratisch organisierten Arbeitern allein ein Recht auf Brot und Arbeit geben sollen, häufen sich in neuester Zeit in unheimlicher Weise. Wir geben aus dem bekannt gewordenen Abschlüssen nur folgende Proben:

Im Solinger Friseurgewerbe wurde kürzlich ein Tarifvertrag abgeschlossen, dessen § 4 besagt: „Gehülsen, die dem soziald. Verbände der Friseurgehülsen nicht angehören, müssen denselben binnen vier bis sechs Wochen beitreten. Weigert der Gehülfe sich dessen, muß er entweder entlassen werden oder der Prinzipal hat den Boykott zu gewärtigen. Von den sozialdemokratischen Vertretern wurde den Arbeitgebern nahegelegt, tüchtige Gehülsen, die eine Zwangsmittelbeschaftung im vollen Verband ablehnen, in solchen Fällen selbst zum Verband anzumelden und für ihn die Beiträge zu zahlen.“

In Dresden ist kürzlich zwischen dem Verband vereinigter Rauchwarenzurichter- und Färbereibesitzer Deutschlands (juristische Person), unterschrieben Dr. Schiller, und dem deutschen (sozialdemokratischen) Kürschnerverband, Sig. Hamburg, unterschrieben E. Schubert, ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, der folgende Bestimmungen enthält: „Der Vertrag . . . bildet die Grundlage für Schaffung eines allgemeinen Tarifs für das deutsche R.-W.-Zurichergewerbe und verpflichtet beide Parteien, . . . seine weitere Ausdehnung angustreben“. . . . Der Vertrag verpflichtet die Arbeitgeber, nur solche Gehülsen zu beschäftigen, die dem deutschen (das ist sozialdemokratischen) Kürschnerverband angehören.“

Welche Motive mögen wohl die Unternehmer dazu veranlassen, der Sozialdemokratie auf diese gewalttätige Art und Weise Vorhub zu leisten? Die christlichen Arbeiter mögen aber daraus auch ersehen, daß es Beweisenpflicht ist, den christlichen Gewerkschaften beizutreten um diesen unstilligen sozialistischen Terror wirksam zu bekämpfen. Daß das möglich ist, wenn sich die christlichen Arbeiter auf die Hinterbühne stellen, zeigt ein Vorgang im Schuhmachergewerbe in Stuttgart. Dort sollten zwecks Erneuerung des Tarifvertrags die Verhandlungen mit den Arbeitgebern beginnen und laut einstimmigem Beschluß der Arbeitgeberorganisation werde am Orte bestehende Gehülsenorganisationen der Schuhmacher (christliche und sozialdemokratische) zugezogen werden. Da erklärten die sozialdemokratischen Vertreter vor Beginn der Verhandlungen kategorisch, im Weiterhin der christlichen Vertreter nicht zu verhandeln. Mit Recht wurde ihnen von den Arbeitgebern erwidert, daß dies entgegen der von den Sozialdemokraten angeklagten verletzten Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sei; ferner wurde ihnen mit aller Deutlichkeit erklärt, daß man sich darauf unmöglich einlassen könne, da laut Jauchungsbeschluß beide Organisationen bei den Verhandlungen vertreten sein sollten. Darauf verließen die Sozialdemokraten das Lokal und verzogen sich ohne Anhänger, die Anbittung einzureichen. Diese Gewaltpolitik wurde den Genossen aber gründlich verfallen. Der christliche Verband schloß einfach einen Tarifvertrag mit den Arbeitgebern ab.

Nun haben die „Genossen“ in neuerer Zeit auch noch die Dreifaltigkeit, solche Erscheinungen des sozial. Faustkampfes zu beschönigen, oder gar wegzustreiten. Auch im Reichstag wurde diese Beugung versucht. Da aber hat ihnen der Kollege Giesberts am 15. März d. J. eine gefasene Antwort gegeben, die sie nicht so leicht vergessen werden. Diese Rede ist heute noch aktuell, so, daß es angebracht ist, sie im Hinblick auf die neueren Vorgänge auszulassen wiederzugeben.

„Ich habe es nie geliebt so führe Kollege Giesberts aus mit Terrorismus, mit Füllen von Straßendreherei und ähnlichen Dingen in der Öffentlichkeit zu paradiere. Wer weiß, wie es bei Streiks zugeht, wie die Massen aufgeregt werden, versteht auch, daß hin und wieder einmal etwas vorkommt, was auch die Gewerkschaftsführer nicht billigen.“

Meine Herren, ich freue mich, daß gestern der Herr Kollege Hoch ausdrücklich behauptet hat, daß solche Gewalttätigkeiten vorkommen. Die Gefahr liegt jedoch wo anders, eben in dem Ausschließen der christlich organisierten Arbeiter von den Arbeitsstellen, und hier wird systematisch gearbeitet. Ich erinnere daran, daß der Versuch der Arbeiter in feineren Mitgliedern ausgeschlossen hat nur deshalb, weil sie als katholische Arbeiter sich in katholischen Arbeitervereinen betätigen und bei sozialen Wahlen für die Liste der christlich-nationalen Arbeitervereine eintraten im Gegensatz zu der Liste der Sozialdemokraten. Daß der Buchdruckerverband einen Monopolist sein habe fertig hatte, ist bekannt. Glücklicherweise ist das verhindert worden. Aber ich erinnere an die chemographischen und lithographischen Gewerbe, wo niemand im tarifmäßigen Lohne beschäftigt werden darf, der nicht vorher Mitglied der sozialdemokratischen Organisation geworden ist. (Zwischenruf bei den Sozialdemokraten) — Herr Kollege Fischer, wenn das die Unternehmer verlangt haben, dann beurteile ich das genau so gut, wie Sie es tun. Ich erinnere an den Fall Freese, die Jalousiefabrik in Berlin. Dort ist verlangt worden von diesem Fabrikanten, daß er nur solche Verbandmitglieder als Arbeiter beschäftigen die dem Deutschen Holzarbeiterverband angehören, aber keine christlichen oder Fleisch-Dundersden. Dann weise ich hier auf die sozial. „Metallarbeiterzeitung“, welche in ihrer Nr. 5 vom Jahre 1911 schreibt:

„Man kann keine allgemeine Regel darüber aufstellen, ob es zweckmäßig ist, Mitglieder gegnerischer Organisationen von der Beschäftigung in tariffreien Betrieben auszuschließen. So etwas muß von Fall zu Fall entschieden werden.“

Was heißt das „von Fall zu Fall“? Das heißt doch nichts anderes als: wo es uns in den Ramen paßt, da schließen wir alle Andersorganisierten, also nicht-sozialdemokraten, von der Arbeitsstelle aus. Das heißt nicht anders, als in den Werkstätten das Diktum aufstellen: „Erst rot, dann Best, ohne rot kein Best.“

Es ist bekannt, daß die Herren von der sozialdemokratischen Partei eintreten für die paritätischen Arbeitsnachweise. Es ist mir heute noch eine Zeitung zugefickt worden, in der die Mitteilung steht, daß der „freie“ Malerverband in Frankfurt a. M., der mit den christlichen Malern gemeinsam einen Tarif hat, von den Unternehmern verlangt, daß die christlichen Arbeiter in dem Facharbeiternachweis, der paritätisch ist, keinen Vertreter haben sollen. Das bedeutet doch nichts anderes, als daß jeder christliche Maler, der nach Frankfurt a. M. kommt, entweder gar keine oder die schlechteste Arbeitsstelle bekommt.

Dieses Kapital will ich verlassen, obwohl ich Ihnen

noch viel mehr Material geben könnte. Mir verurteilen jeden Terrorismus, welcher sich gegen die Arbeiter richtet, wir verurteilen überhaupt den Terrorismus, ob er nun von den Unternehmern kommt oder von den Arbeitern; sie werden nicht in Abscheu stellen können, daß die christlichen Gewerkschaften stets die Arbeiterinteressen entschieden zu vertreten gesucht und oft Schulter an Schulter mit ihnen gekämpft haben. Deshalb sind solche Vorwürfe, wie sie Herr Kollege Fischer gegen uns erhoben hat, vollständig verblasst. Im übrigen werden wir ja diese Bewegung verfolgen, und ich sage den Herren von der sozialdemokratischen Partei noch einmal: die Gefahr für uns Ausnahmegelege liegt nicht bei den Regierungen; nein die Gefahr liegt in der terroristischen Monopolisierung der Arbeitsplätze durch die sozialdemokratischen Gewerkschaften, in der wachsenden Entrüstung jener Arbeiter, welche, um eine anständige Arbeitsstelle zu erhalten, ihre religiöse und politische Ueberzeugung verleugern und erst Sozialdemokrat zum Schein werden müssen. Ich will hierzu bemerken, daß ich den Gewerkschaftsführern allein die Verantwortung nicht zuschreibe, sondern die Verantwortung trägt ihre Parteipresse und die von ihnen unterhaltenen Partei- und Arbeitersekretäre im Lande, die Tag für Tag die Hege gegen die christlichen Arbeiter betreiben und diese Stimmung erzeugen.“

Zum Schluß seiner Rede kam Giesberts noch einmal auf denselben Gegenstand zurück:

„Ich sage also: Den deutschen Arbeiter droht von hier aus kein Ausnahmegelege, keine Gefahr für ihre Gewerkschaften. Aber dem gefasenen gewerkschaftlichen Gedanken droht eine große Gefahr im sozialdemokratischen Radikalismus. Was von der Sozialdemokratie draußen geschieht, vor allen Dingen von den dort Herren Kollegen Fischer nahestehenden Kreisen der „Leipziger Volkszeitung“ und dem „Vorwärts“, bringt eine Stimmung im Volke hervor, der ich heute einmal ein klein wenig Ausdruck gegeben habe.“

Diese Ausführungen zeigen die Gefahren im hellsten Lichte. Und auch die christlichen Arbeiter, insofern andere im graphischen Gewerbe, wo heute schon Reichsmonopole bestehen, nur mehr erkennen, was ihre Pflicht ist.

Die bevorstehende Tarifrevision in Berlin, Leipzig und Stuttgart veranlaßt auch unsere Organisation, Schritte zu unternehmen, um die Möglichkeit zu einem gemeinsamen vorgehen arbeiterteils zu ermöglichen. Am 28. März wurde vom Vorstand unseres Verbandes an den Hauptvorstand des Buchbinderverbandes in Berlin ein Schreiben gerichtet, in welchem um eine Vertretung bei den einschlägigen Verhandlungen nachgesucht wurde. In der Rückantwort der Zentralverwaltung wurde sodann erwähnt, daß erst nach der Beantwortung folgender Fragen eine entscheidende Auskunft erfolgen könnte:

1. Angabe der Mitgliederzahlen in den 3 Vertragsstädten, für jeden Ort getrennt und mitsamt davon zur Buchbinderverbande gehören.
2. Einsetzung jener Tarife, die wir allein abgeschlossen haben und inwieweit auf Arbeitsarbeit den 3 Städtetarif als Grundtarif anzusetzen.
3. Etwas sind wir voll nachgekommen und statt der Einsetzung der Tarife haben wir jene Orte und Firmen genannt, die, soweit Arbeitsarbeit in Frage kommt, um 3 Städtetarif interessiert sind. In der wiederum von Berlin folgenden Antwort sind wir u. a. nochmals er sucht worden um Zusendung der Tarife. Mittlerweile wir bereits entschlossen waren, dem letztgenannten An-

suchen des Buchbinderverbandes nachzukommen, ging man dazu über, den Briefwechsel in der „Buchbinderverzeitung“ zu veröffentlichen; also bevor das von uns gefasste Ansuchen seine Entscheidung fand. Der Veröffentlichung waren in vorzüglicher Weise Randbemerkungen angefügt, die uns schließlich entlasteten, dem letztgenannten Gesuchen in der verlangten Form nicht zu entsprechen.

Dem Ansuche der Veröffentlichung trägt man jetzt in der Presse Rechnung, indem man öftlich versucht, uns zu verkleinern und gar in Leipzig sucht man die Errichtung einer Hauptstelle unseres Verbandes abzustreiten. Also so taktisch man im „Buchbinderverband“ gegenüber unserem Verband, der bestrebt ist, im Interesse der Arbeiterschaft mitzuhelfen, damit die große, infolge ihrer schlechten Ablaufzeit so kritische Bewegung, auf Arbeiterseite eine geschlossene Einheit darstellt.

Wir enthalten uns deshalb, auf die Verhältnisse im allgemeinen einzugehen, werden aber nicht veräumen, falls es die weiteren Umstände erfordern, das zu sagen, was auf Grund der Taktik des „Buchbinderverbandes“ heute schon notwendig wäre.

Gewerkschaftliches.

Ausföhrung der Lithographen, Steindruckere und deren Hilfspersonal in Böhmen. Die tschechische Beihilfenorganisation „Litho-grafická Sebeob-“ die dem internationalen Lithographenbund nicht angehört und deren Mittel seit längerer Zeit erschöpft sind, hat mit den Arbeitgebern für das tschechische Gebiet einen Tarif auf 6 Jahre abgeschlossen. Verbesserungen sollen hierbei für die Beihilfen kaum erreicht werden sein.

Mit den deutschböhmisches Lithographen, Steindruckere usw., die im Oesterreichischen Gewerkschaftsbund organisiert sind, fanden gleichfalls Verhandlungen statt, bei denen die Arbeitgeber darauf bestanden, daß die mit der tschechischen Beihilfenorganisation abgeschlossenen Arbeitsbedingungen auch für das deutsche Gebiet Geltung haben sollen. Da jedoch in den übrigen Kronländern Oesterreich für Steindruckere und deren Hilfspersonal eine kürzere Arbeitszeit besteht, lehnte die tschechische Beihilfenorganisation dies Anerbieten ab und bestrebt auf ihrer Forderung der 8 1/2 stündigen täglichen Arbeitszeit. Der Kampf, der nun schon seit 10. Dezember 1910 andauert, geht somit in verschärfter Form weiter.

Der am 1. Januar 1911 begonnene **Kampfbau der finnischen Schriftsetzer und Drucker** wurde am 4. April beendet und ein fünfjähriger Vertrag getätigt, der keineswegs die erhofften Verbesserungen brachte.

Der **christlich-sozialer Verband der Buchbinder und der Arbeiter und Arbeiterinnen der Papierfabriken in der Schweiz** hielt Ende März seinen Verbandstag in St. Gallen ab, und ist bestrebt in zufriedenstellendem Sinne für die Mitglieder verlaufen. Sämtliche Sektionen (Ortsgruppen) mit Ausnahme der von Chur waren vertreten. Im Jahre 1910 war der schweizerische Bruderverband an 7 Bewegungen beteiligt. Davon endeten 2 mit Tarifverträgen, die übrigen größtenteils mit nomhaften Lohnverbündungen. Die letzte Bewegung in Einbildung ist noch nicht beendet, dürfte aber im laufenden Jahre den Abschluß eines allgemeinen Vertrags zeitigen. Da Einseitigkeit ein bedeutender Ort insbesondere für die Buchbinderbranche ist, möchten auch wir im Interesse der in dieser Branche in Deutschland sich bereits im Fluße befindliche Bewegungen wünschen, daß die organisierten Kollegen der Schweiz alles aufbieten zur weiteren Stärkung der Organisation.

Unter der Herrschaft von „Freiheit und Gleichheit.“

Nachdem die Varier Volksbeglieder ihren König abgesetzt und hingerichtet hatten, galt es für sie, ihre Herrschaft bauend zu sichern. Doch man sich dazu der rohesten Mittel der Gewalt und Unterdrückung bediente, wenn wollte das aufhalten? Sind doch immer zu allen Zeiten diese sogenannten Feinden der Freiheit sobald sie nur die Macht in den Fingern hatten, die schlimmsten Terroristen gewesen.

Von äußeren und inneren Feinden bedroht, mußte sich die junge Republik Luft schaffen und auf welche gründliche, grausame Weise diese geschah, soll in einigen Blättern aus der Blutgeschichte dieser Tage dargelegt werden.

In den Departements Vendée, der unteren Loire, der Maine und der beiden Sèvres, den alten Grafschaften Poitou und Anjou und einem Teile der Bretagne wohnte ein Volk von Ackerbauern und Hirten, eine genußgare, feistige die Unabhängigkeit liebende Bevölkerung.

Die Vendéer fanden noch in einem patriarchalischen Verhältnisse zu ihren Grundherren, dem Adel und zu der heimischen hochverehrten Geistlichkeit. Sie wollten sich weder ihren König noch ihren Adel und ihre Geistlichkeit entziehen lassen. Schon die Aufhebung des Adels, die Beschlässe gegen die Geistlichkeit, die Befangenehmung des Königs und seine Ermordung hatten zu Unruhen geführt. Eine Truppenaushebung von 300000 Mann rief aber im März 1793 einen furchtbaren Aufstand hervor. Das Volk griff einmütig zu den Waffen und die republikanischen Beamten wurden liberal vertrieben. Zuerst hatte sich das Landvolk unter Cathelineau, einem armen, aber frommen, durch Verehrbarkeit und kriegerisches Talent ausgezeichneten Leinwandhändler, erhoben.

In Niederpoitou wählten die Insurgenten den Edelmann Charrette zu ihrem Führer; in Anjou den Fehler Stofflet aus dem Hain, den Edelmann d'Ébée und den Grafen Bonchamps. Die Scharen waren aus mit Piken, Säbeln, Jagdgewehren, Säben und dergleichen bewaffnet, die Führer wenig kriegerisch; aber hohe Begeisterung durchdrang alle.

Wenige Monate hielten sie sich wider, doch schon im Juni wurden die Scharen zerstreut, nachdem ihr Führer Cathelineau tödlich bei einem Angriff auf Nantes verunndet worden war.

Der Konvent ergriß jetzt außerordentliche Mittel um den Aufstand zu unterdrücken. Große Armeen rückten von allen Seiten in die Vendée. Der Konvent beschloß, alle Wälder und Weiler niederzubrennen. Weiber und Kinder, das Vieh und alle bewegliche Habe in das Innere von Frankreich zu transportieren und alle männlichen Bewohner der Vendée auszurotten.

Da erhoben sich die Vendéer von neuem mit dem Rute der Verzweiflung.

Anfangs waren sie auch siegreich. Der Krieg wurde jetzt von beiden Seiten mit der furchtbarsten Grausamkeit geführt. Bei Cholet wurden die Vendéer am 16. Okt. geschlagen und verloren ihren Führer Bonchamps. Am 18. Okt. sahen sie sich genötigt über die Loire nach der Bretagne zu gehen. Es waren 80000 Menschen, meistens flüchtige Weiber, Greise und Kinder.

In der Bretagne hofften sie auf tatkräftige Hilfe, waren doch die Bauern dieser Provinz ähnlich derjenigen der Vendée ihren alten Sitten treu geblieben. Nicht einmal der zehnte Teil war der französischen Sprache mächtig. Ihre Sprache, ihre Gewohnheiten und Sitten waren noch die, wie zur Zeit der Römer. Die französischen Könige hatten sie ungehört in ihren leiblichen Stammesunterschieden belassen. Mit aller Hingabe hingen sie an ihrer Religion und ihren Geistlichen. Als man diese zu verfolgen begann und gleichzeitig die 300000 Mann zum Kriegsdienst ausdub, kam es zu Tumulten. Schon früher hatten eine Anzahl breitanischer Freiwilliger sich den Vendéern angeschlossen. Aber eine kräftige Hilfe, wie die Vendéer gehofft hatten, fanden sie nicht. Der Gajahacquelin der an ihrer Spitze stand, suchte sich deshalb der Küste zu nähern, von England Hilfe erwartend, aber von den Konventsheeren verfolgt, mußte er sich wieder nach der Loire zurückziehen und wurde bei Le Mans nach verzweifelter Gegenwehr besieg. Ueber 10000 Gefangene, unter ihnen Weiber und Kinder, wurden von den Siegern ermordet. Der Rest der Flüchtlinge wurde am 24. Dezember bei Savenay poland vernichtet und kaum einige Tausend kamen wieder über die Loire.

Die Gefangenen wurden dem Revolutionstribunal zu Nantes übergeben, wo sie dem Mächtig Carriere zum Opfer fielen. Massenweise wurden sie mit Kartätschen niedergeschmettert oder erlöset. In der Nacht bestellte 94 Briefe am 15. November 1793 in eine Barre bringen lassen, unter dem Vorwande, sie nach einem anderen Orte zu schaffen. Aber bei Nacht wurden die unglücklichen Opfer, durch im Boden des Schiffes angebrachte Klappen ins Wasser gestürzt. Täglich folgten dann ähnliche Exekutionen. Zum Schrecken fügte man noch den Höhn u. nannte diese Hinrichtungen Rogaben, Baigabden oder vertikale Deportationen. Immer neue Gesetze wurden erlassen. Frauen und Männen zusammengebunden und in den Fluß gestürzt, das nannte man republikanischen Hochzeit. Diese Ermordungen dauerten weit über einen Monat. Die Menge der Leiden verpefete das Wasser der Loire, so daß man den Gebrauch desselben verbieten mußte.

Doch auch in anderen Orten müteten die Schurken. In der Vatersstadt Robespierre, Utras müteten abgefallener Briefe an die Spitze der Gewalt wurde er worden. Ungefährlich harmlos und leichtsinnig wurde nach Paris gerufen, um einen Verweis für seine Handlungen und Mißbe zu erhalten. Jetzt nach seiner Rückkehr kam er mit der ausgefuchtesten Gewandtheit. Im Sommer und Herbst waren die Oesterreicher in jenen Gegenden gewesen; alle, die sich einer Verbindung mit dem Feinde verdächtig gemacht hatten, auch wenn sie nur gezwungen mit ihnen in Verbindung gekommen waren, wurden gefangen und auf Schaffot geschleppt. Ihre Habe wurde eingezogen. Ein junges Mädchen, das beim Anblick einer Fremdbin, die mit noch fünfzehn anderen Jungfrauen zugleich getötet wurden, ohnmächtig hinfiel, ließ er sofort ergreifen und hingerichten. Ein Handwerksbursche, den man bei einem Gemitter das Kreuzzeichen machen sah, wurde dafür erschossen. Im Blutess floßen. Aber als endlich diese Exekutionen im Konvent zur Sprache kamen, schlug D'Arde die Untersuchung mit den Worten nieder: „Es ob keine bloßförmlich durch etwas zu harte Formen!“

Verdacht hatte sich den Konventsmitgliedern Tallien und Fabeau unterworfen. Diese, und auch ihnen der nach schändlicheren Julen, verübten die ärgsten Verbrechen. Täglich wurden täglich 30-40 Menschen in der unglücklichen Stadt hingerichtet. Am furchtbarsten

In der Diskussion wurde von den Delegierten allseits Klage erhoben über die großen Schwierigkeiten in der Agitation. Die radikalen Theorien im Verbandsorgan des sozialdemokratischen Verbandes ständen mit der Wirklichkeit in trafen Widerspruch. Der gewerkschaftliche Geist werde durch den krämerhaften zünftlerischen Geist des soz. Verbandes in vielen Orten lahmgelagt. Eine Beitragsverhöhung mit gleichzeitiger Einführung einer Krankenunterstützung wurde beschlossen. Desgleichen die Einführung eines wöchentlichen Beitrages von 20 cts. für weibliche Mitglieder. Als Vorwort wurde wiederum Basel, sowie der bisherige Vorstand gewählt.

Der christliche Metallarbeiterverband

Deutschlands veröffentlicht in Nr. 16 seines Verbandsorgans „Der deutsche Metallarbeiter“ 22. 4. 1911 seine Jahresabrechnung für das Jahr 1910. Die aufsteigende Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens begeisterte auch weitere Kreise christlicher Metallarbeiter zu erster Ständesarbeit. Im christlichen Metallarbeiterverband wird sie geleistet, das zeigen die Zahlen der Abrechnung. Der Vermögen des Verbandes beträgt 1020 208 Mark. Gegenüber dem Vorjahre ist eine Zunahme von rund 129 000 Mark zu verzeichnen. Die reinen Einnahmen des Verbandes betragen 857 213 Mk. gegen 675 931 Mk. im Jahre 1909. Die Ausgaben betragen 737 058 Mk. gegen 537 644 Mk. im vorhergehenden Jahre. Die Unterstellungen ersorbten folgende Summen (Vorjahr in Klammern): Erwerbslosenunterstützung: a) bei Krankheit 184 982 Mk. (181 390); b) bei Arbeitslosigkeit 29 710 Mk. (54 874). Streikunterstützung: 184 592 Mk. (20 804); dazu kommen noch 3 607 Mk. die ausgebenen wurden an gemäßigte Mitglieder. Für Reise und Umzugsunterstützung, Rechtschutz, Not- und Sterbefallunterstützung sind noch 22 151 Mk. (19 908) ausgegeben worden. Die Neuaufnahme an Mitgliedern betrug im Jahre 1910, 18 163. Der Verband zählte am 31. März dieses Jahres 38 085 Mitglieder, in 1 1/2 Jahren betrug die Zunahme mehr als 14 000.

Im Interesse der Metallarbeiter ist zu wünschen, daß noch immer weitere Kreise sich dem christl. Metallarbeiterverbande anschließen. Unter Wahrung ihrer religiösen und politischen Ueberzeugung, finden sie dort auch wirtschaftlich einen besseren Schutz, wie bei den Sozialdemokraten. Im christlichen Metallarbeiterverband besitzt jedes Mitglied in der Hauptkasse eine Mitgliedskarte von 30, 34, 42, während die Genossen nur 8, 10, 12 Mark Mitgliedsbeitrag haben. Christliche Metallarbeiter finden in ihrer Berufsorganisation alle Vorteile einer nach gewerkschaftlichen Grundsätzen organisierten Organisation.

Streik in einer sozialdemokratischen Druckerei.

Im Betrieb der sozialdemokratischen „Arbeiter-Zeitung“ in Essen hat das Druckerei-Personal am Mittwoch, den 5. April gestreikt, sobald keine Zeitung an dem Tag erscheinen konnte. Erst am 10. April gab die „Arbeiter-Zeitung“ ihren Lesern Mitteilung über den Fall, der sich wegen „oblig. belanglosen Maßnahmen“ zur Arbeitsentstellung angepflegt habe. Sie hätte, so bemerkt die „Arbeiter-Zeitung“, von der Sache weiter keine Notiz genommen, weil ihr die ganze Angelegenheit nicht so bedeutend erschien, wenn nicht falsche Meldungen in einem Berliner Blatt verbreitet worden wären. Am Tage nachher brachte die „Arbeiter-Zeitung“ eine Erklärung des Arbeiterausschusses, worin die Darstellung von Tage vorher widersprochen wird. Hierauf gibt die „Arbeiter-Zeitung“ bekannt, daß die Arbeit — tarifwidrig — eingestellt worden sei, weil der neu eingestellte

war das Schicksal von's, dort hatten sich die gutgläubigen Bürger gegen die Jakobiner und ihren Führer Chatter erhoben, welche Mord und Verbrechen aller Art verübten und mit noch schlimmerem drohten. Die Bürger legten im Kampfe und Chatter wurde am 16. Juli hingerichtet. Noch vor kurzem hatte er ein Bild Christi am Kreuz unter Worten schrecklicher Lästerung zerrissen und mit Füßen getreten, vor seinem Tode umarmte er den Priester und küßte das Kreuz.

Der Konvent war aber müde über das Verfahren der Behörde und erklärte sie für abgesetzt. Sechzigtausend Mann unter General Kellermann wurden gegen von gefandt. Drei Monate lang errang nun die Stadt, obgleich nur von zehntausend Mann verteidigt, heldenmütig alle Schrecknisse der Belagerung. Durch Hunger erzwungen, mußte sie sich endlich am 9. Oktober 1794 ergeben. Das Los der unglücklichen Stadt war entsetzlich. Der Konvent befaß die Verführung derselben. Die Kommissare, namentlich Collet d'Herbois den der Wohlverhaltens am 29. Oktober mit 3000 Mann des Pariser Revolutionsheeres zur Vollziehung der Volkstrafe abmandte, versuchten mit größter Brut. Die Hinrichtungen durch die Guillotine genügten ihnen nicht, obgleich dieselbe Tag und Nacht arbeitete. Sie erlaubten deshalb die sogenannten Wittrahladen. Massenweise, oft zu Hunderten, wurden die Menschen mit Striden zusammengebunden und dann mit Radtischen unter sie gefahren. Was übrig blieb wurde mit Bonaparteschen und Säbeln zerschlagen. An 4000 Menschen fanden so ihren Tod. Erpressung, Blinderung, Verblüdung, furchtbar Schändung alles Heiligen ging mit dem Morden Hand in Hand. Bei einem Feste zu Ehren Chatters wurde ein Spiel mit einer Blaufarbene geschmückt, aus einem gewählten Reiche gewählt und man band ein Kreuz und eine Bibel an seinen Schwanz.

Mit Schaudern kann man nur den Blick von diesen Greuelthaten ablenken, die die Revolution über Frankreich gebracht hat. Nur einen kleinen Teilschnitt erlaubt uns der Raum unserer Zeitung hier zu bringen. Er genügt aber vollkommen, und mit Absicht von diesen Verbrechen im Namen der Freiheit und Gleichheit abzuwenden. — n.

technische Leiter sein Platz gestellt hatte, wo es dem Personal nicht paßte. Soweit der Sachverhalt, in den wir uns gar nicht näher einmischen wollen. Die sozialdemokratische Firma und ihre sozialdemokratischen Gehilfen mögen unter sich ausmachen, wer im Recht ist.

Wenn dieser Streik aber in einem bürgerlichen Betriagsunternehmen vorgekommen wäre, dann hätte die sozialdemokratische Parteipresse zweifellos ohne nähere Prüfung der Sachlage für die Streikenden Stellung genommen, denn nach ihrer Auffassung ist jeder Streik sozialdemokratischer Verbändler berechtigt, wenn er sich gegen bürgerliche Unternehmer richtet.

Neutralitätsbündler. In der „Glasler-Zeitung“ Nr. 11, 1911, dem Organ des „freien“ Verbandes der Glasler, Töpfer usw. wird für eine öffentliche Versammlung in Chemnitz Propaganda gemacht. Tagesordnung: 1. Punkt Vortrag des Genossen Waible: „Warum wir Christen Kirchenglaubens-Gegner sind.“ In hektographierten Einladungen heißt es im Anschluß daran noch wie folgt: „Kollegen, nach jahrelanger Bemühung (!) ist es uns gelungen, einen Referenten für dieses wichtige und interessante Thema zu finden. Es ist nun Pflicht jedes Kollegen, pünktlich mit Frauen in dieser Versammlung zu erscheinen.“ — Wie mag es in dieser „neutralen“ Versammlung gegen die Religion hergegangen sein?

Gewerkschaften als sozialdemokratische Wahlmacher. Ein Beschluß der „freien“ Gewerkschaften Stettins, zum Besten des sozialdemokratischen Wahlfonds einen Extrabeitrag von 50 Pfennig von jedem Mitgliede zu erheben, findet Nachahmung. Der „Vorwärts“ Nr. 44 vom 16. März 1911 kann schon wieder einen derartigen Beschluß mitteilen:

„Sammlungen für den Wahlfonds. Die Vorstände der Gewerkschaften und der Parteiorganisation zu Stralsund beschloßen einstimmig, zum Besten des Reichstagswahlfonds einen einmaligen Extrabeitrag von 20 Pf. von den Mitgliedern ihrer Organisationen zu erheben. Ein gleicher Beschluß wurde in Bergen auf Rügen gefaßt und steht in Partij in sicherer Aussicht.“

Trotz dieses Mißbrauchs der „freien“ Gewerkschaften zu sozialdemokratischen Parteizwecken gibt es noch immer nichtsozialdemokratische Arbeiter, die sich als Mitglieder jener Organisationen für die Bekämpfung ihrer eigenen Ueberzeugung schämen lassen.

... tief in der Tierheit!

Das sozialdemokratische „Schuhmacherschblatt“ Nr. 9/1911 bringt ein Gedicht unter dem Titel, „Klassenkampf“, worin es heißt:

Wir sind nun mal geborne Hasser,
Wir Keule ohne Hebel und Heim.
Warum sie — die von der sozialdemokratischen Roulleur — geborne Hasser sind, daß das sozialdemokratische Schuhmachervergange früher einmal „wissenschaftlich“ erörtert, was gerade zur passenden Zeit in der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ ausgegraben wird. In einem „neutralen“ Artikel über „Die Arbeiter und die Kirche“ behauptet das „Schuhmacherschblatt“ Nr. 24 Jahrgang 1907 u. a.: „Die Lehre der Kirche von der Erbünde ist falsch.“ Hören wir warum:

„Erst die wissenschaftliche Entwicklungslehre hat uns darüber die Augen geöffnet: Fast Erbünde haben wir angeerbte Tierheit“ zu sehen. ... Aber weil das Gedicht der Menschen aus Tieren niedriger Art seinen Ursprung in langamer Entwicklung genommen hat, so klebt ihm — kraft der natürlichen Ererbungslehre — noch viel Niedriges an. Wir stehen noch tief in der Tierheit. Wir hassen unsere Feinde, wie ein Tier seinen Gegner haßt; im Kriege töten und verwunden wir als wären wir noch leibhaftige Tiere. Wir stehen uns gegenüber, als Konkurrenten vor der Sonne, wir lassen den Schwachen im Kampfe mit uns Stärkeren ohne Mitleid unterlegen; wir lassen ihn darben, lassen ihn verhungern, dieweil wir im Ueberflusse prassen, gleich, als ob wir Tiere wären. Und wir haben tatsächlich noch des Tieres genug, ja zu viel an uns und in uns. — Das ist unsere Erbünde. Wer sie leugnet, muß ein Unwissender, ein Blinder oder ein Schall oder ein elender Verführer sein.“

Der fanatische Haß der Sozialdemokratie gegen die christliche Arbeiterbewegung, der brutale Terrorismus der Genossen gegen alle Andersdenkenden ist leider nur geeignet, diese zynische Selbstschändung zu bestätigen. Die in ihrer Roheit abschredende „Naturerkenntnis“ des sozialdemokratischen Gewerkschaftsblattes ist eine Frucht der sozialdemokratischen Lehren, die Konsequenz des von ihr gepredigten Klassenhasses. Für die „Erbünde“ des tierischen Hasses gegen Andersdenkende ist nur die Sozialdemokratie selbst verantwortlich zu machen.

Unchristliche Wesen.

Die arbeiterschädigenden gewissenlosen Streiks der Genossen in Pforzheim und Dortmund, gaben Veranlassung zu einer Polemik. Unangenehm war vor allem den sozialdemokratischen Metallarbeitern die Feststellung der Tatsache, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband bei solchen Streiks hunderttausende Mark Arbeiterarbeitslosen verpulverte (z. B. Pforzheim über 500 000 Mk.), obwohl die Mitglieder statt Vorteile nur Nachteile geerntet hätten. Um die sozialdemokratischen Arbeiter von diesen „Selbsttaten“ abzulenken, fabrizierte der bekannte Leiter der verackten Bewegung in Pforzheim, Genosse Borchdörfer aus Stuttgart sogar direkte Fälschungen der Abrechnungsergebnisse des christlichen Metallarbeiterverbandes. Als dem unchristlichen Menschen diese Fälschungen nachgewiesen wurden, redete er sich heraus: Die Christlichen veröffentlichten aus gewissen Gründen niemals eine detaillierte Abrechnung. Auch sollen die Abrechnungen nicht stimmen. Um ihre verlorene Partije zu retten, hat Borchdörfer auch der bis in's Kleinste detaillierten Abrechnung

des christlichen Metallarbeiterverbandes einen Fehler herausgefunden, bei der Ortsgruppe Rheinfelden. An diesen ganz harmlosen Fehler klammerte sich der Mann fest und will damit „beweisen“, daß die Abrechnungen der christlichen Metallarbeiter alleamt nicht stimmen.

Jeder Schulbube, der das große Einmaleins kennt, ist in der Lage festzustellen, daß es sich um die Unschlüssigkeit einer Zahl durch die Schuld des Segers handelt. Bei der Aufzählung der Zuschußsumme der Hauptkasse steht 632 Mk., in Wirklichkeit muß es heißen 7632 Mk. Hätte der Rechenkünstler Borchdörfer einmal nachrechnen wollen, so mußte er diesen Druckfehler finden. Für jeden objektiv denkenden Menschen ist klar, daß man in den Ausgaben nur verzeichnen kann, was tatsächlich ausgegeben ist. Darum mußte die Hauptkasse diese 7000 Mk. schon ausgegeben haben, um die Ausgabe derselben zu ermöglichen. Warum sollte der christliche Metallarbeiterverband diese Unterstützung durch die Hauptkasse leugnen? Der Versuch des Herrn Borchdörfer, seine Verdrüssigungen und Fälschungen durch einen so geringfügigen Fehler zu rechtfertigen, ist doch zu plump, dritt. Die christlichen Metallarbeiter wissen, daß die Kassenführung ihres Verbandes eine so gewissenhafte und gesunde ist, wie die Gegner sie nur irgendetwas haben können. Das Vermögen der Mitglieder in der Hauptkasse des christlichen Metallarbeiterverbandes ist viermal so hoch, wie bei den Sozialdemokraten. Nur gewissenhafte Geschäftsführung brachte das fertig!

Gelbe Almosenvereine. Der Charakter und Zweck der gelben Werkvereine wird treffend gekennzeichnet in nachstehender, von der „Sozialen Praxis“ (Nr. 26 Jahrg. XX) mitgeteilten Reichsgerichtsentcheidung:

Die Attengeellschaft F. H. Hammerlein, Baumwollspinnerei und Weberei in Osnabrück, hatte zugunsten des von ihr im Jahre 1907 gegründeten gelben Werkvereins 25 000 Mk. der Vereinskasse geschenkt, wofür der Oberpfälzerdirektor in Hannover 5 v. H., also 1250 Mk. als Schenkungssteuer forderte. Der Verein legte gegen diese Besteuerung Beschwerde ein mit der Begründung, daß diese Schenkung als kirchliche Pflicht zu betrachten sei und die Firma die Summe in der Verrentnis hergegeben habe, daß der Verein ohne Beihilfe nicht in der Lage sei, die von ihm verfolgten Ziele zu verwirklichen. Die Schenkung sei mehr als Wohltat zu betrachten, weil das Geld den Arbeitern zugute komme.

Das Gericht machte geltend, daß die Firma die Schenkung ihres eigenen Vorteils halber gemacht habe, um sich einen abhängigen Arbeiterkamm herauszubilden, unabhängig von christlichen und freien Gewerkschaften, und wies die Klage der Rückgabe der vorbehaltlich eingezahlten Steuersumme ab.

Der „Wohlfahrts“-Charakter der gelben Werkvereine muß also vom Reichsgericht schon verneint werden.

Soziale Mundschau.

Krankenkassen-Beamte und Reichs-Versicherungs-Ordnung. Die sozialdemokratische Presse macht zur Zeit in einem gedruckten Entwürfsentwurf wegen angeblicher „Entrechtung“ und „Vergewaltigung“ des Selbstverwaltungswesens in den Krankenkassen durch die Reichs-Versicherungs-Ordnung. Besonders nachdrücklich wird gegen die christlichen Arbeiter-Abgeordneten gehetzt, die bei dieser Gelegenheit den Scharfmachern Helfershelferdienste geleistet hatten. Davon kann in Wirklichkeit gar keine Rede sein. Bei den Beschlüssen der Reichs-Versicherungs-Ordnungs-Kommission bezüglich der Anstellung von Beamten handelt es sich weder um eine „Entrechtung“, noch um eine „Vergewaltigung“ oder um einen „schändlichen Plan“, sondern nur um Vorbeugungsmaßnahmen gegen den parteipolitischen Mißbrauch, der von sozialdemokratischer Seite mit den Krankenkassenbeamten getrieben wurde. Hier sei nur an die herabmütig gewordenen Anstellungen überträgt in soziald. verwalteten Rassen erinnert, nach denen ein Beamter selbst dann nicht aus seinem Amte entfernt werden kann, wenn er wegen schwerer Vergehen bestraft wird. Hat er bis zu sechs Monaten Gefängnis abzusitzen, wird ihm sein Gehalt weitergezahlt. Wird er wegen politischer oder religiöser Vergehen bestraft, so darf ihm nicht gestündigt werden. Allein in Preußen sind bis heute 750 Verträge der beabsichtigten Art abgeschlossen worden. Auch in Bayern und Sachsen waren mehrere solcher Verträge in Geltung, sobald die Erhebungen der veränderten Regierungen bislang mehr als 100 solcher ungeheuerlichen Verträge feststellen konnten. Wie dreist die „Genossen“ in der Ausnutzung ihrer Stellung sind, beweist ferner, daß in dem Bureau einer Berliner Kasse ein Plakat hing, das zum Austritt aus der Landeskasse aufforderte.

Die von sozialdemokratischer Seite angestellten Beamten müssen Partei- und Gewerkschaftsagitation sein, oder ihres Bleibens ist nicht, wie der Fall Stroh in Offenbach a. M. deutlich gezeigt hat. Und die „Widuzipienisten“ weiß man zu schätzen und zu verehren. Diesem gemein gesährlichen Mißbrauch soll durch die neue Bestimmung in der Reichs-Versicherungs-Ordnung, daß bei der Anstellung von Beamten die Arbeitgeber die Hälfte der Stimmen abzugeben haben, vorgebeugt werden. Wenn die Sozialdemokraten das als „Entrechtung“ und „Vergewaltigung“ empfinden, so mögen sie an ihre eigene Brust klopfen und mea culpa sagen. Nach dem Dargelegten weiß man, was von dem allgemeinen Krankentafelentzug zu halten ist, der am 30. April in Berlin tagen soll und auf dem „Entwürfsreden“ gegen die Reichs-Versicherungs-Ordnung gehalten werden sollen.

Die Einführung der vierjährigen Lehrgänge für Buchbinder im Stadtbezirk Köln wurde bei der Wanderversammlung von der Werkerschaft beantragt und angenommen. Desgleichen ein Antrag auf Wenderung der Gesellen und Meisterprüfung.

Die vierjährige Lehrzeit ist von einzelnen Buchbinderfirmen im rheinisch-westfälischen Gebiet schon seit längerer Zeit gefordert worden. Gerne wäre man schon längst allgemein dazu übergegangen den Plan zu verwirklichen, aber nachdem sich die Angehörigen der Lehrlinge größtenteils gegen eine so lange Lehrzeit erklärten, hat man sich mit der dreijährigen zufrieden gegeben!

Wenn wir auch auf Grund der sich im Buchbindergerwerb immer weiter ausbreitenden Vielseitigkeit die Berechtigung einer längeren Lehrzeit nicht ablehnen, so können wir der jetzt allseits populär werdenden Idee der vierjährigen Lehrzeit nicht ohne weiteres zustimmen. Wie man in den meisten Betrieben beobachten kann, werden die Lehrlinge im ersten Jahre, ja oft noch im 2. teils ausschließlich zu Votengängen etc. verwendet. In größeren Betrieben kommt neben dem noch mit in Betracht, daß einzelne Arbeitgeber die Lehrlinge bis kurz vor Beendigung der Lehrzeit mit einseitiger Maschinenarbeit, oder sie nur in einem Spezialfache beschäftigen, in der Schlusszeit unterzieht man sich mit Rücksicht auf die Gesellenprüfung der Mühe dem Lehrling doch noch sozial beizubringen, daß er die vorgeschriebenen Prüfungsarbeiten bei strenger Beobachtung und Anleitung machen kann. Um betriebl. Zustände vielleicht noch krasser auszuweisen zu können, besteht gleichfalls keine Veranlassung die dem Plane Sympathien abzugewinnen.

Wie viele Kleinmeister befehlen sich jahraus und ein ausschließlich mit Lehrlingen aus Willigkeitsgründen, um die insbesondere im Buchbinderhandwerk so drückend empfundene Schmutzkonkurrenz noch weiter nähern zu können. Aufgabe der Gehilfen muß künftig sein, Mißstände im Lehrlingswesen, insbesondere Lehrlingsmangel auszubilden und tarifliche Bestimmungen, (Lehrlingskale) allgemein durchzuführen.

Heimatliche Arbeitertufe.

Die Unterrichtslosigkeit von Universitätsstudenten in sogenannten Heimatlichen Arbeiterkursen zugunsten der handarbeitenden Bevölkerung ist in diesen Obergerichten wieder um ein beträchtliches gemindert. Vor allem haben sich diejenigen Kurse stark entwickelt, die sich an die Volksgemeinschaften anlehnen, welche zur Arbeitsgemeinschaft der christlich-nationalen Arbeiterbewegung gehören. Kurz vor Ostern konnten bereits für die Führer dieser Kurse besondere Konferenzen abgehalten werden. Dieselben fanden in folgenden Städten statt (die Zahl der Kurse und Teilnehmer findet sich in Klammern): In Aachen für die Kurse von Aachen (4 : 160), Rohlscheid (1 : 45), M. Glabbach (6 : 150), Stolberg (1 : 40) in Duisburg für die Kurse von Duisburg (4 : 50), Düsseldorf (2 : 150), Goch (1 : 40), Mülheim-Ruhr (7 : 450), in Köln für die Kurse von Köln (8 : 160), in Saarbrücken für die Kurse des Saargebietes (6 : 637). Zusammen 40 Kurse mit 1889 Teilnehmern. In den Konferenzen wurde beraten: die bisherige Tätigkeit, das Programm der Herbstferien, die Lehrbuchfrage, die Organisation der Schulferien, die innere Organisation Heimatlicher Arbeitertufe, die Zusammenarbeit der in Frage stehenden Volksgemeinschaften mit den unterrichtlich tätigen Studentengruppen. Die Frage der Organisation Heimatlicher Arbeitertufe erfährt von Tag zu Tag in den Kreisen der Studenten, der christlichen Volksgemeinschaften, der Akademiker und der Interessenten fortwährende Klärung, was sowohl im Interesse einer gesunden und nicht schematischen Weiterentwicklung der studentischen Unterrichtskurse als auch des erwachenden Solidaritätsgefühls zwischen der christl. Intelligenz einerseits und den christlichen Handarbeitenden andererseits von großer Bedeutung ist. An den genannten Arbeitertufestrebungen nehmen von Seiten der Organisationen lebhaften Anteil die Gesellenvereine, die Arbeitervereine beider Konfessionen, die christlichen Gewerkschaften und Jünglingsvereine.

Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik. Der Vorstand und der Vereinsausschuß des Deutschen Buchgewerbevereins haben in einer am 7. April 1911 stattgehabten Sitzung einstimmig beschlossen, daß der Deutsche Buchgewerbeverein als Unternehmender im Jahre 1914 in Leipzig eine internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik (Buga 1914) veranstaltet. Für die Ausstellung, die aus Anlaß des 150jährigen Bestens der Königl. Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe in Leipzig stattfindet, ist daselbe Gelände beim Bismarckdenkmal in Aussicht genommen, auf dem im Jahre 1913 die Internationale Bauausstellung zur Ausführung kommt.

151 Millionen Mark Um 1/2 sollen der deutschen Papierfabrikation in der Papierverarbeitung, einschließlich Buchdruck pro 1909 nach einer Berechnung von C. Hofmann zugrunde liegen. Die Berechnung ist aus den versicherungspflichtigen Löhnen der Berufsgenossenschaften aufgebaut.

Die versicherungspflichtigen Löhne betragen pro 1909 bei der Papierverarbeitungsberufsgenossenschaft 124 515 186 M., der Buchdruckerberufsgenossenschaft 175 629 712 M.

Der Umsatzberechnung sind die Ergebnisse der vielen tausend kleiner Betriebe (darunter mehrere tausend Buchbinder), die handwerksmäßig mit wenigen Leuten arbeiten und keiner Berufsgenossenschaft angehören, nicht mit berechnet.

Bekanntmachungen des Zentral-Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 17. Wochenbeitrag pro 1911 fällig.

Vom 1. April ab soll die **Berichterstattung** an das Kaiserlich Statistische Amt über die Arbeitslosigkeit in den Verbänden eine Erweiterung erfahren, so der auch wir Zulage erteilt haben. Die bisherige vierjährige Berichterstattung bleibt bestehen, doch neben derselben soll noch eine monatliche Aufstellung über Arbeitslosigkeit stattfinden. Es werden zu diesem Zweck am Schlusse des Monats noch geforderte

Parten ausgegeben, die in der Fragestellung bedeutend vereinfacht sind. In denselben wird Aufschluß über die Mitgliederzahl, ferner die Zahl der am letzten Arbeitstage des Monats vorhandenen arbeitslosen Mitglieder, sowie an diesem Tage zugewiesenen Mitglieder verlangt. Diese Karten müssen längstens am 3. eines Monats an uns ordnungsgemäß ausgefüllt, eingeliefert werden.

Wir ermahnen die Zahlstellen bringend die Berichterstattung, besser wie bisher, zur vorgeschriebenen Zeit zu erledigen, damit mit der bisherigen doppelten Aufforderung vieler Zahlstellen gebrochen werden kann.

Zahlstellen die noch nicht abgerechnet haben, wollen dem sofort nachkommen und Aufklärung über die Verzögerung geben.

Die Adresse des **Bezirksleiters für Baden und Elsaß** lautet nunmehr: **Rag Virl, Freiburg a. Breisg., Agnesstraße 1 III.**

Der Zentralvorstand
J. A. Hornbach

Bei der Zentralkasse gingen Abrechnungen und Gelder für das 1. Quartal 1911 bis 24. 4. 11. ein: Dresden, Karlsruhe, Nürnberg, Neuß, Aachen, und Schlich-Merode.

Peter Hüppers,
Zentralkassier.

Einladung

zu der
am **14. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr**
stattfindenden

Bezirkskonferenz

des **Bezirk X** beim **Wirt Stegemann, Münster, Clemensstraße (zum Stadthaus).**

Tagesordnung:

1. Bezirksbericht.
2. Neuwahl des Bezirksvorstandes.
3. Anträge.
4. Verschiedenes.

Anträge zur Konferenz müssen bis zum 7. Mai beim **Kollegen Drozer, Münster, Poststraße 7**, eingereicht sein.

Zu dieser Versammlung sind alle Kollegen herzlich willkommen, jedoch Legitimation durch Mitgliedsbuch oder Kontrollkarte erforderlich.

Der Bezirksvorstand

J. A. Paul Riebel, Schriftführer.

Bekanntmachung

Den bayerischen und württembergischen Zahlstellen zur Notiz, daß die **Konferenz** nicht vor dem **Monat Juni** stattfinden kann. Gewiß wird dem **Wunsche** und **Anregung** Rechnung getragen, es möge aber der **Einleitung** anheim gegeben sein, die **Vorbedingungen** zur Konferenz, wie es bisher geschäftsüblich war, erledigen zu können.

Nähere Mitteilung bemächtigt durch Zirkular.

Mit kollegialem Gruß
Wächter.

Aus den Zahlstellen.

Düsseldorf. In Nr. 82 der hiesigen sozialdemokratischen „Volksgeltung“ sowie in der „Buchbinderzeitung“ vom 15. April erschien ein von der Zahlstelle Düsseldorf des sozialdemokratischen Buchbinderverbandes verfaßter gleichlautender Bericht über eigenartige Zustände bei der Firma **Jumpertz, Postbuchbinder.** So soll in erster Linie das Arbeiterinnen-Ausschließgesetz vom 1. Januar 1910 nicht beachtet werden. Die Arbeiterinnen, selbst auch die jugendlichen Mädchen unter 16 Jahren müßten häufig Sonntags wie Wochentags **Leberstunden** machen etc. Ferner stelle die Firma trotzdem sie den **Rhin** Düsseldorf Buchbinderartikl anerkannt habe, Gehilfen unter dem vereinbarten Löhnen ein. Den Gehilfen gegenüber würde seitens der Firma geklagt, daß sie den **Büchflöhen** von 27 Mt. nicht zahlen könne.

Zum Schlusse wird die Zweckbestimmung der Artikel gekennzeichnet, daß man unter Zahlstelle angeführt, indem man schreibt: „Solche Zustände duldet auch schließendlich die hiesige Zahlstelle des christlichen graphischen Zentralverbandes, welche in diesem Betriebe Vorstandsmitgliedertreter hat. Wahrheitsgemäß gehört solche **Interessentretung** der Arbeiter mit zu dem „berühmten“ neuen Kurs der christl. Bewegung usw.“

Wenn die geschriebenen Mißstände der Wirklichkeit entsprächen, also auf Wahrheit beruhten, so hätte der **Schreiber** besser getan, wenn er die vorgeschriebenen erfolgversprechenden Wege, so auch die Anrufung des Tarifschiedsgerichtes in Anspruch genommen hätte. Da es ihm aber am notwendigen Tatsachenmaterial mangelte, er aber das Bedürfnis fühlte, die christliche Organisation zu verächtigen, schritt er zum Wege der öffentlichen Denunziation. Von dem ganzen Geschreibsel beruht anders nichts auf Wirklichkeit, als daß insolge eines eiligen großen Auftrages **Leberstunden** gemacht und ein einziges Mal **Sonntags** gearbeitet wurde. Die **Leberstunden** wurden tarifgemäß entschädigt. Uns sind keinerlei Fälle bekannt, daß die Firma **Jumpertz** Gehilfen unter Tarif entlohnt, auf jeden Fall würden wir, falls christlich organisierten Kollegen nur solches angeboten worden wäre, eingeschritten sein.

Wenn der **Schreiber** der Buchbinderzeitung glaubt, uns nach dem Rezept der Sozialdemokratie vorzuwerfen, daß die christliche Bewegung den „berühmten“ neuen

Kurs geht, so wollen wir ihm nur erwidern, daß wir es keineswegs notwendig haben, wie jetzt die Buchbinderzeitung, eine **Rechtsfindung** einzunehmen, die nicht der Ueberzeugung, sondern nur einer **unehrlichen Taktik** aus gewissen Gründen entspricht.

Versammlungskalender.

Versammlungen finden statt:

Munster. Jeden 2. Samstag, im Monat im Verkehrslokal der **Christl. Gewerkschaften.**

Wormen. Jeden 1. Samstag im Monat, abwechselnd im **Restaurant Nagel, Köbigerstr. 16** in Wormen und **Rest. Wilms, Ludwigstr. 31** in Eilberfeld. Nächste in Eilberfeld.

Dona. Jeden letzten Montag im Monat, abends 7 Uhr, im **Lokale Wandler, Clemens Auguststr.**

Berlin. Mittwoch, den 3. Mai bei **Peuser Köpenickerstr. 62.** Tagesordnung äußerst wichtig. Niemand darf fehlen.

Diefeld. Jeden 1. Freitag im Monat im **Christl. Gew.-Haus** bei **Debour, Gerforderstr. 84.** Anlang 8 Uhr.

Diesfen. Jeden 1. Samstag im Monat, **Gasthaus Neue Post.**

Donauevrb. Jeden 1. Samstag im Monat im **Vereinslokal Paul Köhner, Schares Gf.**

Düsseldorf. Samstag, den 29. April, **Versammlung** mit Vortrag. Alle erscheinen.

Essen. Dienstag, den 2. Mai, abends 8 1/2 Uhr **Mitgliederversammlung** im **Verbandslokal Alfredus-Haus, Frohnhauserstr.**

Frankfurt. Jeden 1. Dienstag im Monat im **Rechnisal, Langestraße.**

Freiburg. 6. Mai, abends 7 1/2 Uhr, **Brauerei Ganten, Schiffstraße.**

Gürzenich. Donnerstag, den 27. April abends 7 1/2 Uhr bei **Schwarz, Kleferer Straße Peter Weisenberg.**

Hagen. Samstag, den 6. Mai, 8 1/2 Uhr bei **B. Gidolph, Köpferstr.**

Kaufbeuren. Samstag, den 6. Mai, abends 7 Uhr im **katholischen Vereinslokal Hofenan.**

Köln. Samstag, den 29. April im **Dreieck.**

München. Samstag, den 13. Mai, im **Wiesmayer Garten, Schillerstr. 16.** Vollzähliges Erscheinen erwünscht.

N.-Glabbach. Samstag, den 6. Mai, abends punkt 8 1/2 Uhr bei **v. d. Wälbecke**, mit Vortrag.

Jeden 1. Samstag im Monat.

Münster i. W. Jeden Samstag nach Erscheinen der Zeitung bei **Gastwirt Stegemann, Clemensstr.**

Nürnberg. Am Samstag, den 6. Mai, im **Restaurant Kaufmann, Leuchter Kaufgasse**, abends 7 1/2 Uhr.

Niederrh. Jeden 2. Montag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im **Ruisshaus (Wasserfont 1).**

Regensburg. Jeden 2. Samstag im Monat in der **Jacobinestraße.**

Straubing. Jeden letzten Samstag im Monat im **Verbandslokal Münchner Hof.**

Stuttgart. Am 8. Mai, im **Lokale zum „Rühmchen“ Köhlstr. 3**, abends 8 1/2 Uhr, 1 Treppe.

Wärzburg. Am Dienstag, den 2. Mai.

Zahlstelle München!

Samstag, den 13. Mai, abends 8 1/2 Uhr im **Wiesmayer-Garten, Schillerstr. 16**, mit dem **Gartenbergband**

Sichtbilderortrag.

Zahlreicher Besuch wird erwartet. Ebenso sind Familienangehörige und Gesinnungsfreunde herzlich willkommen.

Der **Kaschup.**

Tüchtiger Buchbinder

der auch linieren kann, als **Meister** für eine **Druckerei** im **Abenland** gesucht.

Nähere Auskunft an Mitglieder erteilt der **Zentralarbeitsnachweis** des **Verbandes Rhin, Palmstr. 14.**



General-Vertreter für **Rheinland** und **Westfalen**: **John Gerlach, Köln a. Rh., Essen a. Ruhr, Dortmund, Düsseldorf, Aachen, Eilberfeld, Saarbrücken.**

Verantwortlich: **A. Hornbach-Köln, Palmstraße 14.**
Rhin-Grenzefelder Handelsbruderei, Alarstr. 9.